

## Über Skype, Steuern und Piraten

**25.05.2012**

Die jüngste Botschaft der Nationalen Regulierungskommission für Telekommunikation und Informationstechnologie hat nicht nur gewöhnliche Internet-User, sondern sogar Experten verblüfft. Die Rede ist von der Einführung einer Steuer für beliebte Webdienste wie Internet-Messenger, VoIP- und Videokonferenzsoftware, worunter Skype der mit Abstand führende Dienst sein dürfte.

Die jüngste Botschaft der Nationalen Regulierungskommission für Telekommunikation und Informationstechnologie hat nicht nur gewöhnliche Internet-User, sondern sogar Experten verblüfft. Die Rede ist von der Einführung einer Steuer für beliebte Webdienste wie Internet-Messenger, VoIP- und Videokonferenzsoftware, worunter Skype der mit Abstand führende Dienst sein dürfte.

Mit Worten des Vorsitzenden der Regulierungskommission, Pjotr Jazuk: „Wir werden auf jeden Fall Normen zur Regulierung des Zugangs zu Diensten, Daten und Content ausarbeiten. Ein gutes Beispiel hierfür ist Skype, das sich innerhalb von drei Jahren von einer unbekannten Firma zu einem milliarden schweren Asset entwickelt hat.“

Solche Dienste stellten, so Jazuk, eine erhebliche Belastung für die Netze dar, und die Mobilfunknetze ließen sich selbst bei Einführung neuer Technologien der vierten Generation (4G oder LTE) nicht rentabel betreiben. „Die Netzbetreiber möchten völlig zu Recht an der Übertragung dieser Internet-Anwendungen mitverdienen. Das ist doch selbstverständlich. Derzeit werden die Netze lediglich als Transipeline benutzt.“

Freilich hatten sich die besagten Netzbetreiber völlig ruhig verhalten, und ihre Vertreter distanzieren sich einhellig von derartigen Initiativen.

„Mir scheint, man muss zunächst Straßen bauen, bevor man Schranken darauf aufstellen kann“, so der Generaldirektor von MTS Ukraine, Iwan Solotschewskij. Unter „Straßen“ verstehe er mobile Hochgeschwindigkeits-Technologien wie 3G und LTE. „Ich denke, die Nationale Kommission hat im Augenblick vordringlichere Aufgaben.“

Was übrigens Skype betrifft, so ist in der Ukraine wenig bekannt, dass dieser Dienst nicht etwa von ehrenamtlichen Enthusiasten betrieben wird, sondern im letzten Jahr für 8,6 Mrd. US-\$ von Microsoft übernommen wurde. Diese Übernahme war die größte in Microsofts Firmengeschichte. Die Europäische Kommission hat der Übernahme im Oktober zugestimmt. Dem vorausgegangen war ein Einspruch des amerikanischen Telekommunikationsgeräteherstellers Cisco gegen die Übernahme von Skype durch Microsoft vor dem Europäischen Gerichtshof. Cisco ist der Meinung, dass Microsoft den Wettbewerb im Bereich der Videokommunikation behindert. Experten gehen allerdings davon aus, dass diese Frage schon entschieden ist, da sich der Oberste Gerichtshof der EU in kartellrechtlichen Fragen in der Regel der Meinung der Europäischen Kommission anschließt. Sollten Sie also Skype aktiv benutzen und für Anrufe an Festnetztelefone und Handys bezahlen, muss Ihnen bewusst sein, dass dieses Geld in die Taschen des Softwaregiganten Microsoft fließt. Skype war eine der ersten verfügbaren Apps für Windows Phone, und Microsoft wird Skype auch für Windows auf dem Desktop schon bald aktiver promoten.

Skype selbst wird voraussichtlich kostenlos bleiben; Gewinne werden durch Anrufe an Festnetztelefone und Handys und durch den Verkauf von Hardware erzielt. Außerdem ist es durchaus wahrscheinlich, dass nach den anstehenden Gesetzesänderungen auch mit mobilen Nutzern Gewinne erwirtschaftet werden. Denn wo Rauch ist, ist auch Feuer. Kurz nach der öffentlichen Erklärung des Vorsitzenden der Regulierungskommission trafen sich Vertreter der Firma erneut mit der Regulierungsbehörde und teilten mit, dass die staatliche Zertifizierung der Microsoft-Software abgeschlossen sei. So erhielten das Betriebssystem Microsoft Windows 7 Enterprise SP1 und sieben weitere Produkte für das Geschäftskundensegment das Zertifikat des Staatlichen Amtes für Spezialkommunikation und Informationsschutz. Auch Windows Vista und Windows XP SP hatten zuvor dieses Zertifikat erhalten.

„Mit seinem Paket an zertifizierter Software ermöglicht Microsoft staatlichen Stellen die landesweite Einführung effektiver E-Government-Systeme“, so Dmitrij Schimkiw, Generaldirektor von Microsoft Ukraine. „Der Schutz personenbezogener Nutzerdaten und staatlicher Informationen ist eine unverzichtbare Voraussetzung für E-Government.“

E-Government ist natürlich eine gute Sache. Dass allerdings Microsoft sich an diesem Prozess beteiligen möchte, bedeutet, dass Haushaltsmittel in erheblichem Umfang an diese Firma fließen werden. Ungelöst bleibt auch das Problem der Softwarepiraterie; selbst in staatlichen Einrichtungen wird eifrig nicht lizenzierte Software eingesetzt. Nach Angaben des Marktforschungsunternehmens IDC liegt der Anteil der Raubkopien in der Ukraine bei 86 %; die Ukraine gehört damit zu den zehn Ländern mit dem höchsten Grad an Softwarepiraterie.

Noch eine Prognose soll an dieser Stelle gestattet sein: Die Piraterie wird in den nächsten zehn Jahren in der Ukraine nicht in den Griff zu bekommen sein. Und davon profitiert in erster Linie Microsoft, das auf diese Weise die Staatsorgane von sich abhängig machen kann, egal wer gerade an der Macht ist. Die Firma will und will die Preise für ihre Software nicht senken, dabei erfreut sich Software von Microsoft der mit Abstand stärksten Nachfrage. Windows ist wie eh und je das am weitesten verbreitete Betriebssystem, Microsoft Office das beliebteste Office-Produkt. Aber bereits Office 2010 „Home and Student“ kostet 125 US-\$ für einen PC oder 150 US-\$ für drei PCs – ganz zu schweigen von umfassenderen Konfigurationen. So bleibt vielen Benutzern nichts anders übrig, als Raubkopien zu installieren.

Freilich gibt es mit dem vollständig kostenlosen Open Office, das praktisch alle Dokumentformate von Microsoft Office unterstützt, durchaus eine Alternative. Außerdem entwickeln sich Cloud-Dienste immer weiter, für deren Nutzung man nicht einmal Software auf dem eigenen PC zu installieren braucht – die Dokumente lassen sich direkt im Browser-Fenster editieren und sind überall verfügbar, wo Internet-Zugang besteht.

Eigentlich sollten Cloud-Dienste auch in den staatlichen Organen eingeführt werden. Das dafür notwendige Schutzniveau lässt sich auch bei Verwendung von Cloud-Diensten gewährleisten.

18. Mai 2012 // **German Bogapow**

Quelle: [Serkalo Nedeli](#)

Übersetzer: [Tobias Ernst](#) — Wörter: 854

Diplom-Physiker, Fachübersetzer für IT, Wissenschaft und Technik (BDÜ), Ehrenvorstand des Trägervereins der [Deutschen Schule Kiew](#)

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.